

**Demonstration und Kundgebung  
für  
„Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Leben im Gazastreifen“**

**Samstag, 17. Januar 2009 – Opernplatz in Frankfurt am Main**

**Ansprache von Ramazan Kuruyüz,  
dem Vorsitzenden der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH**

**Bismil-lahir-rahmanir-rahim  
Mit dem Namen ALLAHs, des Allgnade Erweisenden, des Allgnädigen**

**As-salamu alaikum warahmatullah  
Friede und Gnade ALLAHs seien mit Ihnen und Euch!**

Liebe Schwestern und Brüder!  
Liebe Kinder, Familien, Freunde, Bürgerinnen und Bürger!  
Verehrte Frankfurterinnen und Frankfurter, Hessinnen und Hessen!  
Meine verehrten Damen und Herren!

Seit dem Beginn der Luftangriffe der israelischen Armee auf den Gazastreifen, dem 27. Dezember 2008, demonstrieren weltweit Muslime und Nichtmuslime und Menschen aus unterschiedlichen Völkern gegen das Massaker im Gazastreifen und für den Frieden. Auch in Deutschland und in vielen europäischen Städten erheben sich Millionen Menschen vollständig friedlich für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Leben im Gazastreifen und im Nahen Osten. Die Demonstrationen stellen die größten Massendemonstrationen für Frieden seit Jahrzehnten in Deutschland und anderen europäischen Ländern dar. **Wir Muslime haben wieder gezeigt, dass wir trotz erheblicher Wut und Trauer, trotz der einseitigen Parteinahme unserer Regierungen, insbesondere unserer deutschen Regierung und unserer Bundeskanzlerin Merkel für den Aggressor Israel, friedlich und demokratisch für die Rechte der unschuldigen Menschen in Gaza und Palästina eintreten. Die Friedensdemonstrationen sind ein Beitrag der europäischen Muslime zur Stärkung der europäischen Zivilgesellschaften. Wir Muslime haben mal wieder gezeigt, dass wir ein Gewinn für Europa sind, denn die europäischen Muslime sind das Zierblatt Europas in diesen Wochen der Aggression und des gleichzeitigen Schweigens in Europa.** Wir sorgen für den Aufschrei gegen die staatliche Unterjochung der Palästinenser durch Israel, während unsere Regierungen, Partei für den Aggressor ergreifen oder bestenfalls schweigen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die es aus falsch verstandener Solidarität oder aus Angst vor dem Tabuthema Israel vorzogen zu schweigen, schließen sich unserer Protestbewegung an.

Die Demonstration ca. 10.000 hessischer Musliminnen und Muslime zusammen mit ihren nichtmuslimischen Freunden vor zwei Wochen hier in Frankfurt war nach allen Presseberichten die bundesweit größte Demonstration in diesem Zusammenhang. Die Hessinnen und Hessen haben al-hamdulillah, Lob gebührt ALLAH, unserem Schöpfer, mit ihrer Demonstration ein vorbildliches Zeichen für Frieden gesetzt und damit alle Friedensliebenden in den anderen Bundesländern ermutigt und motiviert. Heute sind wir tausende Hessinnen und Hessen wieder hier in Frankfurt, um unsere Solidarität mit den Menschen und Opfern im Gazastreifen erneut zu bekunden und für sie und für den Frieden zu beten. Wir werden weitere Friedens- und Hilfsaktionen, Demonstrationen und Kundgebungen organisieren. **Wir werden solange nicht schweigen, wenn das Massaker in Gaza nicht aufhört, wenn Menschen weiterhin ermordet werden und bis der gerechte Frieden in den Nahen Osten kommt ! Bei einem solchen Massaker dürfen wir nicht tatenlos zuschauen und gemütlich zu Hause sitzen!**

Liebe Freunde!

Seit dem vergangenen 27. Dezember bombardiert die israelische Armee ununterbrochen und ohne Rücksicht auf das Leben der Zivilbevölkerung den Gazastreifen. Durch die Luftangriffe und die Bodenoffensive der israelischen Armee wurden nach den aktuellen Angaben der internationalen Quellen ca. 1200 Menschen getötet und mehr als 5000 weitere Menschen –zum Teil schwer- verletzt. Zahlreiche Kinder, Frauen, alte und wehrlose Menschen sind wieder, wie in den vergangenen Jahrzehnten, zu Opfern der israelischen Aggression geworden. Unter den Toten und den Verletzten sind je mindestens ein Drittel Kinder. Die Menschenrechtsorganisation in USA Human Rights Watch und auch die UNO beschuldigen Israel, Phosphormunition einzusetzen. Die israelische Armee verwüstet seit drei Wochen viele Wohngebiete im Gazastreifen und zerstört die Infrastrukturen. Zahlreiche Moscheen wurden gezielt bombardiert und zerstört. Viele zivilen Einrichtungen, darunter auch Schulen, sind zum Ziel der israelischen Luftangriffe geworden. Vorletzte Woche wurde eine UNO-Schule im Gazastreifen von der israelischen Armee gezielt beschossen. Ca. 40 Menschen, darunter viele Kinder, sind ums Leben gekommen. Israel hat auch keine Rücksicht mehr auf UNO-Mitarbeiter und UNO-Einrichtungen. Millionen Palästinenser leben und leiden im eigenen Land als Gefangene und zugleich als Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Verhältnissen. Zehntausende israelische Streitkräfte haben den Gazastreifen umzingelt. Die Palästinenser können nicht mehr alle Toten bergen. Für all diese Grausamkeiten, von denen ich nur einen Teil hier erwähnt habe, kann und muss ich in aller Klarheit sagen: **Der israelische Staat verübt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und einen Staatsterrorismus. Kein Grund bzw. kein Zweck darf das Töten von wehrlosen Zivilisten, Kindern, Frauen und Männern rechtfertigen!**

**Das israelische Vorgehen im Gazastreifen ist völkerrechtswidrig und nicht hinnehmbar. Israel verletzt und missachtet mit Anwendung nicht gerechtfertigter Gewalt und Tötung von Zivilisten eindeutig alle internationalen Rechte. Wir verurteilen das Massaker im Gazastreifen und das Verbrechen Israels auf das Schärfste.**

Israel beruft sich bei seinem Massaker auf sein Selbstverteidigungsrecht. Ursache und Wirkung werden hier absichtlich verwechselt. Die Hamas, die von dem israelischen Staat ständig als Rechtfertigung für sein Massaker angeführt wird, dient dem Israel als Vorwand für seine seit langem geplanten Angriffe und für seine systematische Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Vorher waren die PLO oder die Fatah. **Es geht hier eindeutig nicht um Hamas, sondern um den erbarmungslosen Umgang des israelischen Staates mit einem ganzen Volk. Israel muss sich vorwerfen lassen, dass es selbst der eigentliche Verursacher und der Erzeuger dieser Gruppen war; denn durch die Jahrzehnte lange Entziehung der existenziellen Grundlagen eines Volkes hat Israel dieses Volk traumatisiert und selbst radikalisiert.** Wenn Israel sich über diese Folge beschwert, dann muss dem Israel gegenüber in aller Klarheit gesagt werden: „Ihr erntet, was ihr gesät habt!“ „Ihr habt Hass gesät und erwartet Liebe?“ Und zur Klarstellung dieses angeblichen Selbstverteidigungsrechts Israels, um es richtig und sachlich analysieren zu können, möchte ich hier, abgesehen von über 5000 Verletzten unter den palästinensischen Zivilisten, allen Grausamkeiten und der humanitären Katastrophe durch die israelische Armee im Gazastreifen, beispielsweise nur das Verhältnis zwischen den Zahlen der Toten auf beiden Seiten anführen: Durch Raketen der Palästinenser bzw. Hamas auf Israel und Gefechte bei der Bodenoffensive starben nach israelischen Angaben seit dem 27. Dezember 2008 vier Zivilisten und zehn Armeeangehörige. Die Zahl der Toten unter den Palästinensern ist bisher über 1200. Wie ich vorhin sagte, sind mindestens ein Drittel Kinder. Die weiteren Toten sind zum überwiegenden Teil Zivilisten, Frauen, Alte... Und alle wehrlose Menschen gegenüber der Kriegsmaschinerie Israel. Die Zahlen und Umstände zeigen eindeutig, dass man hier nicht von zwei Kriegsparteien sprechen darf und dass es kein vergleichbares Verhältnis gibt. Nun, nach diesen Feststellungen und Tatsachen frage ich mich, Sie, euch und die Weltgemeinschaft:

**Was für ein barbarisches Selbstverteidigungsverständnis hat Israel?**

Wie der Aufschrei unserer Empörung gegenüber den Grausamkeiten Israels in einer Formulierung bei unseren Demonstrationen durch das Land und weltweit geht, sage ich es nochmals: ***Israel ist Kindermörder!***

Israel hat bewiesen, dass es keinen Wert auf das Leben der Kinder, der wehrlosen Menschen und der Zivilisten legt. ***Ein Appell an das Gewissen des israelischen Staates, der sogar alle Forderungen und Deklarationen der internationalen Staatengemeinschaft und das internationale Völkerrecht völlig ignoriert, ist sowieso nutzlos.*** Deshalb möchte ich es unterlassen.

Die israelische Regierung setzt leider ständig und immer wieder auf Gewalt statt auf Verhandlungen und sät damit Hass und Feindseligkeit. ***Militärische Gewalt führt jedoch zu weniger Sicherheit für Israel und zu mehr Leid für die Menschen in Palästina.*** Diese Gewaltpolitik ist das größte Hindernis auf dem Weg zu einem Frieden im Nahen Osten.

***Von hier aus rufen wir aber doch das israelische Volk auf, umzudenken und eine Politik für Frieden statt für Gewalt zu unterstützen. „Eine Demokratie“, in der das Volk ständig die Gewalt- und Kriegspolitik wählt und unterstützt, kann auf lange Sicht nicht bestehen. Ein solches grausames Demokratieverständnis darf es nicht geben!***

Trotz der erheblichen Diskrepanz zwischen den Opferzahlen auf beiden Seiten, bei allen Verbrechen und Grausamkeiten Israels und trotz der Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch Israel, ***möchte ich aber an dieser Stelle das palästinensische Volk und die Hamas, durch deren Raketenangriffe einzelne israelische Zivilisten getötet werden, ausdrücklich aufrufen, sich an den unmissverständlichen Grundsatz des Korans zu besinnen:***

***„Das Leben eines einzigen unschuldigen und wehrlosen Menschen ist genauso wertvoll wie das Leben der gesamten Menschheit!“***

Meine Damen und Herren!

***An dieser Stelle geht meine eindeutige Kritik auch an die Adresse des Zentralrats der Juden in Deutschland wegen seiner nicht hinnehmbaren Stellungnahme zu den grausamen Tatsachen im Gazastreifen.*** Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden, Stephan J. Kramer, schrieb in der Pressemitteilung u.a. -beispielsweise- die folgenden Worte: „Angesichts der jetzt laufenden Diskussion frage ich mich, wie beispielsweise Russland, Frankreich, England, Deutschland oder andere arabische Staaten angesichts der Angriffe reagiert hätten... Die Verteidigungsoperation der israelischen Armee ist auch nicht unverhältnismäßig... Es gibt keinen sauberen und ehrenhaften Krieg, der die Zivilbevölkerung schützt, wenn man gegen Terroristen kämpft.“ Zur näheren Information können Sie die vollständige Stellungnahme auf der Webseite des Zentralrats der Juden unter [www.zentralratjuden.de](http://www.zentralratjuden.de) anschauen. Die selben oder ähnlichen Positionen bzw. Rechtfertigungen für dieses Verbrechen Israels sind auch in Reden oder Stellungnahmen der Präsidentin des Zentralrats Knobloch immer wieder zu hören und zu lesen. ***Nun meine Antwort darauf:*** Kann ein zivilisierter Staat so barbarisch vorgehen wie Israel? Was für ein Verständnis von dem Begriff „Verhältnismäßigkeit“ hat und was für ein Religionsverständnis vertritt der Zentralrat der Juden? Ein Rat, der ein solches Massaker im Gazastreifen unterstützt und das Töten von hunderten unschuldigen und wehrlosen Zivilisten bzw. Menschen und Kindern als unvermeidbare Folge eines Krieges gegen „Terror“ zu rechtfertigen versucht, wird seinem Auftrag als Religionsgemeinschaft nicht gerecht und bringt seine eigene Religion in Verruf.

**Hier muss ich in unmissverständlicher Weise unterstreichen, dass wir sehr wohl zwischen unseren friedfertigen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und dem faktischen Sprachrohr des israelischen Staates hier in Deutschland unterscheiden. Kritik an der israelischen Aggressionspolitik und an dem Sprachrohr des israelischen Staates darf nicht mit Antisemitismus verwechselt werden.** Wir als IRH und viele weiteren islamischen Organisationen in Deutschland arbeiten seit Jahren sehr gerne und konstruktiv mit vielen jüdischen Kreisen, unseren jüdischen Dialogpartnern im Bereich des interreligiösen und interkulturellen Dialogs zusammen. Deshalb darf keiner behaupten oder andeuten, dass unsere Position gegenüber dem Israel, dem Zentralrat oder den weiteren Kriegsunterstützern zu einer Aufwiegelung **in der Lesart "Muslime gegen Juden" führen kann.** Vor allem verbietet der Koran uns Muslimen einen solchen unrechten Umgang mit einem Volk oder einer Religionsgemeinschaft:

**„Oh, die ihr bereits den Glauben verinnerlicht habt, bleibt standhaft auf ALLAHs Weg und seid Zeugen für die Gerechtigkeit! Und die Abneigung gegen eine Personengruppe soll euch nicht dazu verleiten, ungerecht zu handeln. Handelt gerecht, das ist der Gottesfurcht näher.“ (Koran: 5, 8)**

Der Zentralrat der Juden hat sich aber mit diesem gezeigten Religionsverständnis und mit dieser Position **nicht als friedensfördernd erwiesen, sondern als kriegsunterstützend und ohne jegliche Empathie für die unschuldigen Menschenopfer,** für die Israel verantwortlich ist. **Die Solidaritätskundgebung für Israel in Berlin mit einer Schweigeminute für alle Opfer des Krieges ist dabei völlig zynisch!** Ein Dialog bzw. eine Zusammenarbeit mit dem Zentralrat wird dadurch leider sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. **Wir wünschen uns, dass der Zentralrat sich auf die religiösen Werte des Judentums zurückbesinnt. Wie der Zentralrat sicher weiß, verbietet das Judentum als abrahamische Religion genauso wie der Islam und das Christentum das Töten von unschuldigen und wehrlosen Menschen.**

Wie sich eine Religionsgemeinschaft zu einem solchen Massaker äußern und sich verhalten konnte und sollte, zeigte beispielsweise die Katholische Kirche, auch wenn sie Israel nicht verurteilen konnte. **Ich begrüße die diesbezügliche Erklärung des Papstes Benedikt des XVI. grundsätzlich.** Er macht sich zurecht Sorgen um Opfer, Zivilisten und Kinder und forderte den sofortigen Waffenstillstand und die Beendigung der Kampfhandlungen auf.

**Die IRH hat nie Doppelmoral gehabt; wir haben uns immer ohne Wenn und Aber gegen jeden Krieg insbesondere mit den Folgen unschuldiger und wehrloser Opfer und jeden Terroranschlag eingesetzt und sie verurteilt.** Deshalb haben wir nun keine Hemmungen, auch die israelische Aggression zu verurteilen, wobei viele anderen gesellschaftlichen, politischen, staatlichen und religiösen Verantwortungsträger ihre Schwierigkeiten damit haben oder doppelmoralisch vorgehen.

Um unsere klare Linie ohne Doppelmoral für die Menschen und Kreise zu verdeutlichen, die uns nicht genug kennen und unsere Stellungnahmen nicht immer verfolgen können, möchte ich hier beispielsweise unsere zwei Veranstaltungen gemeinsam mit vielen weiteren islamischen Gemeinden direkt nach dem Terroranschlag in London erwähnen:

1. Friedensgebet für die Opfer in London, am 8. Juli 2005, auf dem Kirchenplatz in Gießen
2. Kundgebung gegen Terror, am 16. Juli 2005, auf dem Römer-Platz in Frankfurt

Meine Ansprachen in den beiden Veranstaltungen waren fast ähnlich. Deshalb möchte ich hier einen Abschnitt nur von meiner Rede in Frankfurt wiedergeben:

**„Wir haben uns heute hier, auf dem Römer in Frankfurt, versammelt, um der Opfer in London zu gedenken und eine klare Absage an die Terroristen und ihre Zwecke zu erteilen.**

*Im Namen der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen/IRH verurteile ich die barbarischen und feigen Anschläge in London aufs Schärfste...*

*Wer das Leben von massenhaften unschuldigen Menschen durch einen solchen barbarischen Terroranschlag verachtet, darf sich auf keinen Fall auf irgendeine religiöse oder ethische Grundlage berufen..."*

Meine Damen und Herren!

**Meine weitere und deutliche Kritik gilt Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel wegen ihrer einseitigen Parteinahme für Israel.** Die Bundeskanzlerin bestärkt mit ihrer Rechtfertigung des israelischen Vorgehens leider die israelische Armee bzw. die israelische Regierung in ihrem Vorhaben, ihre völkerrechtswidrige Gewalt- und Kriegspolitik und ihre militärischen Angriffe auf den Gazastreifen fortzusetzen. Durch diese einseitige Positionsnahme kann Deutschland auch sein Ansehen in der islamischen Welt und unter muslimischen Völkern verlieren. Dies kann u.a. die Rolle von Deutschland im Rahmen einer Friedenspolitik im Nahen Osten schwächen.

Als Vorsitzender und ein Verantwortungsträger einer Religionsgemeinschaft in Deutschland - diese Verantwortung gilt auch für das Wohl und die internationalen Interessen unserer gemeinsamen Heimat Deutschland – darf ich hier Frau Bundeskanzlerin freundlicher und verantwortungsbewusster Weise darauf hinweisen, dass ihre Parteinahme nicht zuletzt dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Muslime zu ihrer Heimat Deutschland und somit der Integrationspolitik der Bundesregierung schaden kann. **Als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland fordern wir die Bundeskanzlerin Merkel auf, ihre einseitige Parteinahme für Israel zu überdenken und sich ernsthaft für einen nachhaltigen, dauerhaften und gerechten Frieden im Nahen Osten einzusetzen.** Nach einer langen Verzögerung der Bundesregierung, eine aktive politische Initiative in der Krisenregion zu ergreifen, können nun Gespräche des Bundesaußenministers Steinmeier in der Region – trotz der Parteinahme der Bundeskanzlerin – zum Waffenstillstand beitragen.

Ich bin mir sicher, dass die Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland eine solche einseitige Positionsnahme der Bundeskanzlerin nicht teilt. **Überzeugt bin ich auch davon, dass die überwiegende Mehrheit in unserem Land dieses Massaker im Gazastreifen und das erbarmungslose Vorgehen Israels verabscheut und verachtet - auch wenn sie es nicht laut sagt. Deshalb bitte und rufe ich diese schweigende Mehrheit auf, nicht mehr zu schweigen, zusammen mit Muslimen laut und deutlich gegen dieses Massaker im Gazastreifen und für Leben, Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Palästina zu demonstrieren.** Dies kann die Bundesregierung dazu ermuntern, ihre Nahostpolitik zu verbessern und für einen gerechten Frieden in der Region aktiver einzutreten.

Trotz des Beschlusses des Sicherheitsrats der UNO über die sofortige Beendigung der Kampfhandlungen und den Rückzug der israelischen Armee vom Gazastreifen setzt Israel ihr Verbrechen unvermindert fort. Dies zeigt eindeutig, dass die israelische Regierung die Beschlüsse und Deklarationen der UNO bzw. deren Sicherheitsrats völlig ignoriert. Solche Beschlüsse und Deklarationen bringen die israelische Regierung offenbar nicht zur Einsicht bzw. zum vernünftigen Handeln, ihre Aggressionspolitik zu überdenken und zu beenden. **Die internationale Weltgemeinschaft bzw. die UNO darf dieses Massaker im Gazastreifen nicht mehr tatenlos zuschauen und muss nunmehr mit allen notwendigen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen Druck auf die israelische Regierung ausüben. Im weiteren Schritt müssen politische und militärische Verantwortungsträger wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verletzung des humanitären Völkerrechts und Kriegsverbrechen unbedingt zur Rechenschaft gezogen und vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag angeklagt werden.**

In diesem Zusammenhang hoffe ich, dass die USA mit ihrem neuen Präsidenten Barack Obama die Fehler der bisherigen Regierungen in der Nahostpolitik korrigieren, durch ihr Vetorecht im UNO-Sicherheitsrat die israelische Aggressionspolitik nicht mehr unterstützen und sich für einen gerechten Frieden in der Region aufrichtig einsetzen.

***Präsident Barack Obama wird nicht an seiner Hautfarbe gemessen, sondern an seinen Leistungen!***

***Obama wird daran gemessen, ob die USA unter seiner Führung ihre bisherige einseitige Parteinahme für Israel fortsetzen oder korrigieren, das Verbrechen des israelischen Staates dulden oder nicht mehr dulden und Israel politisch, militärisch und wirtschaftlich unterstützen oder nicht mehr unterstützen werden!***

***Dann werden wir mal sehen, wer die USA tatsächlich regiert! Der „schwarze“ Präsident, der vor den Wahlen in der Weltöffentlichkeit Hoffnungen auf eine neue Ära in der internationalen Friedenspolitik erweckt hat, oder die alten und immer noch bestehenden „weißen“ Machthaber in den staatlichen, politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Strukturen der USA? Die Kriegs- und Waffenlobbyisten oder die Friedensstiftenden? Ich wünsche sehr, dass Präsident Obama uns und die Mehrheit der Weltöffentlichkeit in unseren/ihren Erwartungen nicht enttäuscht.***

***Zum Schluss: Alle Länder in der Region haben das Recht, friedlich, in sicheren und anerkannten Grenzen und ohne Gewaltandrohungen zu leben. Auch das palästinensische Volk, genauso wie das israelische Volk, hat das Recht auf einen eigenen sicheren und anerkannten Staat. In der Region brauchen alle Völker endlich eine Normalisierung und Versöhnung und sollen dafür auf jeden Gewaltakt verzichten.***

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender der IRH